

Wahlprüfstein DIE LINKE

vbba - Gewerkschaft Arbeit und Soziales
im dbb beamtenbund und tarifunion
Bundesgeschäftsstelle
Heideloffstraße 21
90478 Nürnberg

Wahlcheck der Gewerkschaft Arbeit und Soziales (vbba)

Als Mitgliedsgewerkschaft des dbb beamtenbund und tarifunion vertreten wir im Wesentlichen die Interessen und Belange der Beschäftigten in den Agenturen für Arbeit, den Jobcentern und in der Familienkassen der Bundesagentur für Arbeit (BA). Mitglieder unserer Gewerkschaft sind auf allen Ebenen der Personalvertretung in der BA als auch in den meisten Jobcentern vertreten.

Fachkräftemangel

1. Der gerade erst einsetzende und sich künftig verstärkende demografische Wandel sowie der zunehmende Fachkräftemangel stellen für das Wachstum der deutschen Wirtschaft und ihre Konkurrenzfähigkeit ein nicht unerhebliches Risiko dar.

Wie wollen Sie die Agenturen für Arbeit und die Jobcenter vor dem Hintergrund der vorhandenen und erwarteten Entwicklung für die künftigen Herausforderungen wappnen und stärken?

Wichtige Maßnahmen gegen mögliche Fachkräfteengpässe sind mehr Weiterbildungen. Dafür braucht es ausreichend finanzielle Mittel, weswegen die Eingliederungsmittel erhöht werden müssen. DIE LINKE setzt sich in diesem Zusammenhang auch dafür ein, dass Erwerbslose rechtskreisübergreifend Rechtsansprüche auf eine berufliche Weiterbildung erhalten.

2. Was sollte Ihres Erachtens in personeller und ausstattungsmäßiger Hinsicht (BA-intern) getan werden?

Es gab und gibt zu wenig Beschäftigte, vor allem in den Jobcentern, aber auch in den Arbeitsagenturen. Gute Arbeitsbedingungen und ein ausreichender Personalschlüssel sind für DIE LINKE zentral für eine gute Arbeit der Arbeitsagenturen und der Jobcenter. Auf den Beschäftigten in den Jobcentern lastet ein enormer Kostendruck, der durch die unzureichende Finanzierung der Verwaltungskosten ausgelöst wird. Dies führt dazu, dass Verwaltungskosten zum Teil aus Eingliederungsmitteln bestritten werden müssen.

DIE LINKE fordert eine ausreichende Finanzierung der Jobcenter und der Arbeitsagenturen. Dies bezieht sich zum einen auf die Verwaltungskosten, sodass Personal in ausreichendem Umfang eingestellt werden kann. Das beinhaltet auch Finanzmittel für Qualifizierungsmaßnahmen für die Beschäftigten, um sie fachlich, rechtlich und psychologisch zu befähigen. DIE LINKE fordert aber auch mehr Eingliederungsmittel, um qualitativ bessere Maßnahmen umsetzen zu können.

3. Sehen Sie Optimierungsbedarf bei den vorhandenen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten?

Optimierungsbedarf sieht DIE LINKE weniger in der weiteren Zusammenfassung von Maßnahmen, als in der Umkehr der im Jahr 2010 eingeleiteten Sparmaßnahmen in der Arbeitsförderung. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen müssen ausreichend finanziert und abschlussbezogen ausgestaltet werden. Die Maßnahmen müssen geeignet sein, Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit dem nötigen Rüstzeug für einen beruflichen Neustart auszustatten. Daher müssen die meisten Vorhaben langfristiger und planbarer gestaltet werden. Wir fordern die Aufnahme von Rechtsansprüchen auf Weiterbildungsmaßnahmen in die Sozialgesetzbücher für alle Erwerbslosen unabhängig davon, wie lange sie erwerbslos sind.

4. Sehen Sie Möglichkeiten, weitere Reserven (Personengruppen) für den Arbeitsmarkt zu heben?

Wichtige Maßnahmen wider den Fachkräftemangel sind: grundlegende Reform des Berufsbildungsgesetzes, Stärkung des Meister-BAföG (AFBG), schnelle und gezielte Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt, deutliche Aufstockung der finanziellen Mittel für Umschulung und Weiterbildung.

Viele junge Menschen werden in Maßnahmen des sogenannten Übergangssystems geparkt und haben somit kaum eine Chance auf einen vollqualifizierenden Berufsabschluss. Auf der anderen Seite bleiben viele Ausbildungsstellen unbesetzt. Dies betrifft vor allem diejenigen Branchen, die eine schlechte Ausbildungsqualität aufweisen. Mehr gute Ausbildung ist notwendig. Damit ausreichend Ausbildungsplätze geschaffen werden, muss endlich eine solidarische Umlagefinanzierung gesetzlich verankert werden, die alle Betriebe für die Ausbildung junger Menschen in die Pflicht nimmt. Wer nicht ausbildet, zahlt ein; wer ausbildet, bekommt Unterstützung. So kann sichergestellt werden, dass die Wirtschaft ausreichend Fachkräftenachwuchs ausbildet. Weitere wichtige Maßnahmen gegen sektorale Fachkräfteengpässe müssen auf gute Arbeitsbedingungen zielen: tarifliche Entlohnung auf angemessenem Niveau, Mitbestimmung und Bedingungen, die nicht krank machen. Nach Untersuchungen der

Bundesagentur für Arbeit gibt es Fachkräftemängel im Wesentlichen in „einzelnen technischen Berufsfeldern“ sowie im Pflege- und Gesundheitsbereich. Der Pflege- und Gesundheitsbereich ist beispielgebend dafür, warum es an Fachkräften mangelt. Eine hohe Arbeitsbelastung, familienfeindliche Arbeitszeiten, gesundheitliche Belastungen und eine unangemessen niedrige Entlohnung sind dort üblich. Das macht die Branchen für viele Arbeitssuchende unattraktiv. Will man Fachkräfteengpässe vermeiden, muss man für gute Arbeitsbedingungen sorgen.

Grundsicherung und SGB II

5. Im letzten Jahrzehnt wurde die Grundsicherung gemäß SGB II eingeführt.

Wie beurteilen Sie den Erfolg des SGB II?

DIE LINKE hält die Grundsicherung sozial- wie arbeitsmarktpolitisch nicht für erfolgreich. Diese negative Bilanz ist auf die gesetzlichen Regelungen zurückzuführen, nicht auf die Umsetzung durch die Beschäftigten in Jobcentern und Arbeitsagenturen. Seit Einführung des SGB II hat sich Langzeiterwerbslosigkeit und Armut verfestigt. Die Erfolge, die im Bereich der Arbeitsvermittlung zu verzeichnen sind, betreffen zu häufig ungesicherte, kurzzeitige und niedrigentlohnte Beschäftigungsverhältnisse. Eine langfristige und vor Armut schützende Integration in Erwerbsarbeit bewirken sie kaum. Diese Vermittlung in prekäre Beschäftigung ist gesetzlich quasi vorprogrammiert durch die Regelung, dass quasi jede Art von Erwerbstätigkeit als zumutbar gilt, und die Sanktionsbewehrung. Die Grundsicherung erfüllt auch nicht die Aufgabe, das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums zu verwirklichen, vielmehr resultiert die gesetzlich bestimmte Leistungshöhe in Armut. Insbesondere gesellschaftliche Teilhabe ist nicht gewährleistet, aber auch eine Unterversorgung mit Winterkleidung, Gesundheitsprodukten u.a. ist dokumentiert. Das Prinzip der Bedarfsgemeinschaften wirkt sich geschlechtsspezifisch nachteilig auf Frauen aus und behindert die Begründung von neuen Partnerschaften massiv.

6. Welche Veränderungen hält Ihre Partei am System der Grundsicherung für nötig?

DIE LINKE hält grundlegende Reformen für notwendig und will die Grundsicherung durch eine armutsfeste, individuelle und sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzen. Die Mindestsicherung soll bei 1.050 Euro monatlich liegen und damit Lebensunterhalt und Unterkunftskosten umfassen. Diese Leistungshöhe halten wir für notwendig, um Armut und Ausgrenzung wirksam zu bekämpfen.

Die Mindestsicherung soll als individueller Rechtsanspruch ausgestaltet sein und somit das Prinzip der Bedarfsgemeinschaften beenden. Angerechnet werden sollen nur gesetzliche Unterhaltsansprüche. Mit der sanktionsfreien Zahlung wird sichergestellt, dass bei Qualifikation und Interessen von Erwerbslosen bei der Arbeitsvermittlung berücksichtigt werden. Dies dient einer nachhaltigen Integration in Erwerbsarbeit. Gleichzeitig realisiert es das Recht auf frei gewählte Erwerbsarbeit.

7. Welche Veränderungen in den Jobcentern sind notwendig, um verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit zu beenden?

Um verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit zu beenden, hält DIE LINKE den bereits erwähnten Ausbau abschlussorientierter Weiterbildungen für notwendig. Die Träger der Vermittlung müssen ausreichend mit qualifiziertem Personal ausgestattet werden. Weiterhin fordert DIE LINKE, dass bei der Betreuung in den Jobcentern neben der Qualifikation und dem beruflichen Werdegang der Betroffenen auch deren individuelle Weiterbildungsinteressen stärker berücksichtigt werden. Denn eine gelingende Arbeitsmarktintegration und die dafür erforderliche Motivation erfordern eine individuelle Vorstellung von Handlungsmacht und Selbstwirksamkeit. Die Betreuung durch die Jobcenter muss zudem nachhaltiger mit dem Ziel einer dauerhaften Integration in gute und versicherungspflichtige Arbeit gestaltet werden. Studien des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung haben gezeigt, dass langfristige, abschlussorientierte Qualifizierung Erwerbslosigkeit effektiver bekämpft. Sperrzeiten und Sanktionen lehnen wir ab, da sie demotivierend wirken und nicht zu nachhaltiger, sozial abgesicherter Erwerbsarbeit führen.

Beschäftigte in Jobcentern und Agenturen für Arbeit

8. Beschäftigte in Jobcentern und Agenturen für Arbeit sehen sich in ihrer Alltagsarbeit zunehmend psychischer und physischer Gewalt ausgesetzt.

Welche Maßnahmen und Aktivitäten sehen Sie, um die Kolleginnen und Kollegen besser zu schützen und zu unterstützen?

An den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Jobcenter und Arbeitsagenturen entlädt sich häufig der Frust der Betroffenen über ihre perspektivlose Lebenssituation, über zurecht als ungerechtfertigt empfundene Sanktionen bis hin zum Leistungsentzug und das Gefühl, dort keinerlei Hilfe zu bekommen. Auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jobcentern und Arbeitsagenturen müssen die Arbeitsbedingungen verbessert werden, stumpfsinnige Instrumente der Leistungsmessung müssen abgeschafft werden. An diesen Ursachen wollen wir als LINKE ansetzen. Andere Maßnahmen wie der Einsatz von mehr Sicherheitspersonal ändert an der Gesamtsituation nichts und verschärft im Einzelfall sogar eine eskalierende Lage.

9. Durch erfolgte Um- und Neuorganisationen, die Entwicklung im IT-Bereich und den hohen Einsatz unserer Kolleginnen und Kollegen zeichnen sich Arbeitsagenturen, Jobcenter und Familienkassen trotz komplexer und anspruchsvoller Aufgabenstellungen durch eine hohe Effektivität und Effizienz aus. Zwecks Haushaltskonsolidierung wurde die Wochenarbeitszeit im Bundesbeamtenbereich in der Vergangenheit auf 41 Stunden erhöht und bis heute trotz Rekordsteuereinnahmen nicht wieder auf ihr Ausgangsniveau von 39 Stunden reduziert.

Wie steht Ihre Fraktion/Partei zu diesem Sachverhalt? Unterstützen Sie uns bei der Forderung, in der kommenden Legislaturperiode eine Angleichung an den Tarifbereich (39 Stunden) vorzunehmen?

DIE LINKE unterstützt die Forderung nach einer Angleichung an die tarifliche Arbeitszeit. Notwendig ist darüber hinaus ein Stellenaufwuchs, damit die verkürzte Arbeitszeit nicht mit weiterer Arbeitszeitverdichtung erkaufte werden muss.

10. Die BA als erster Dienstleister auf dem Arbeitsmarkt setzt auf Beratung, Vermittlung und bei Bedarf auf Qualifizierung (Weiterbildung, Umschulung). Dabei werden den Kunden Aus- und Weiterbildungsgänge empfohlen, die staatlich anerkannt bzw. zertifiziert sind, um die Integrations- und Entwicklungschancen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt möglichst hoch zu halten und die berufliche Mobilität zu sichern. Intern bildet die BA ihr Personal für den gehobenen Dienst an der eigenen Hochschule (HdBA) im Angestelltenverhältnis (Studierende) aus. Eine Anerkennung für die Laufbahn des gehobenen Dienstes bei anderen Behörden in Deutschland ist leider nicht gegeben. Dies führt in der Praxis wiederholt zu Problemen und Einschränkungen für die Betroffenen.

Wie bewerten Sie diese Situation? Sehen Sie Optionen, um die Lage und Perspektiven für die Studierenden/Nachwuchskräfte zu erweitern?

Die Ursache hierfür liegt unserer Wahrnehmung nach im Zuschnitt der Studiengänge rein auf die Bedürfnisse der BA und ist eine Auswirkung der insgesamt abträglichen Bildungsreformen im Rahmen des Bologna-Prozesses. Die Studiengänge sollten wieder mehr den sonst üblichen verwaltungswirtschaftlichen Abschlüssen angepasst werden, um ihre Akzeptanz in der öffentlichen Verwaltung zu erhöhen.